

Die Reichstagswahlen 1907



Dokumentation historischer Quellen und Dokumente auf www.freiburg-postkolonial.de:

Flugblätter und Flugschriften Dezember 1906 - Januar 1907 aus der Sammlung M31/1b des Stadtarchivs Freiburg zu den Reichstagswahlen 1907, den sog. „Hottentottenwahlen“. Über die Rubrik [Quellen und Dokumente](#) sind außerdem Zeitungsberichte und Hintergrundartikel zum Thema zu finden.

Flugschrift des Reichstagsabgeordneten Konstantin Fehrenbach (1852-1926) von der Deutschen Zentrumspartei; im Original großformatig, 4 Seiten / 3-spaltig, in Frakturschrift gesetzt. Transkription: Philip Aubreville, Korrektorat/Layout: Heiko Wegmann. Dokument SAF M31/1b Nr. 12

Kolonialpolitik und Reichstagsauflösung, Vortrag des Herrn Abgeordneten Fehrenbach,

gehalten am

Freitag, den 28. Dezember, in der Kunst- und Festhalle zu Freiburg im Breisgau.

I.

Land, Leute und wirtschaftliche Verhältnisse von Südwestafrika.

Einleitung.

Meine sehr verehrten Herren! Das Wahlkomitee der Zentrumspartei hat Sie zu einem Vortrag eingeladen, nicht zu einer Wahlversammlung. Die Agitation für die bevorstehende Reichstagswahl hat allerdings in der Presse schon recht lebhaft eingesetzt, aber es ist doch anzunehmen, daß es noch Leute gibt, die ein dringendes Bedürfnis dafür empfinden, über die obschwebenden Streitfragen recht ruhig und sachlich, möglichst wahrheitsgetreu unterrichtet zu werden. Ich befürchte mehr oder minder, daß die Kenntnis unserer Kolonien, namentlich der Zustände in Deutsch-Südwestafrika in verschiedenen Volkskreisen nicht übermäßig groß ist. Aber ich bin auch der Meinung, daß man allen Anlaß hat, bevor man über diese Streitfragen zu einer großen öffentlichen Aktion herantritt, sich darüber genau zu orientieren.

Ich gedenke sie zu unterrichten, meine Herren, über Land und Leute, über die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse in Südwestafrika. Ich gedenke dann überzugehen zu einer kurzen Geschichte unseres [unseres] Schutzgebietes in Südwestafrika von Anfang an bis zum heutigen Tage. Ich werde da auf die Aufstände kommen, ich werde im Zusammenhange damit dann auf die Reichstagsauflösung kommen und diese besprechen. Dann werde ich die Vorwürfe behandeln, die aus Anlaß der Stellungnahme des Zentrums im Reichstag gegen diese Partei erhoben worden sind. Ich nehme an, daß bei diesem Anlasse schon etwas hellere Lichter aufgesetzt werden dürften. Im übrigen werde ich aber bestrebt sein, möglichst einfach, möglichst schmucklos, aber durchaus der Wahrheit entsprechend, die Verhältnisse zu schildern.

Weil es ein Vortrag ist, findet eine Diskussion nicht statt. Ich schöpfe meine Kenntnisse über die maßgebenden Fragen aus meiner Teilnahme an den Sitzungen der Budgetkommission des Reichstags, da ich Mitglied derselben war. Quellen für meine Darstellungen sind das erst vor kurzem publizierte Buch unseres hochverdienten Landsmanns Leutwein: „11 Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika“, sodann das Büchlein vom nationalliberalen Reichstagskollegen Semler über die Reise nach Deutsch-Südwestafrika, die er im Verlaufe dieses Sommers unternommen hat, die Erklärungen, die die Regierungsvertreter in der Budgetkommission uns gegeben haben, die gedruckt an die Mitglieder der Budgetkommission verteilt worden sind, nämlich die Erklärungen des Gouverneurs von Lindequist, des Prof. Hahn von Kapstadt, sowie zum Teil auch die Angaben eines Farmers Schlettwein im Owambo-Gebiet, der Oberleutnants von Quade von der Schutztruppe und Kuhl vom großen Generalstab.

Lage, Bodengestaltung und Klima

Meine Herren! Südwestafrika – das deutsche Schutzgebiet – eines von den deutschen Schutzgebieten in Afrika, neben Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Togo – hat eine Größe von 835 100 qkm. Ich gebe zur Vergleichung die Größe Deutschlands mit 540 743 qkm. Sie sehen also, es ist um die Hälfte größer als Deutschland. Deutsch-Südwestafrika liegt zwischen dem 18. und 28. Breitengrad und zwischen dem 13. und 20. Längengrad. In seiner ganzen Ausdehnung vom Meere an bis 1200 m steigt es anfangs sanft an, dann bildet es meist steil ansteigende Terrassenlandschaften. Die höchsten Erhöhungen gehen bis zu 2680 m. Was Deutsch-Südwestafrika außerordentlich von vornherein beeinflusst, im Gegensatz zu allen übrigen Schutzgebieten, ist der traurige Umstand, daß das innere Land von der Küste abgetrennt wird, durch eine im Durchschnitt 100 km breite vollständig unfruchtbare Sandwüste. Es ist ungeheuer schwer, durch diese Wüste hindurch in besseres Gelände zu kommen. Wegen des starken Gefälles, wegen der steil ansteigenden Berge und der geringen Breiteentwicklung haben wir kein Flußgebiet, das irgend wie zu Verkehrszwecken zu gebrauchen wäre. Das Wasser schießt in steilen Fällen herunter, die Flüsse trocknen meist ganz aus und es gibt im ganzen Gebiete nur zwei, die vielleicht das ganze Jahr hindurch auch noch in ihrem unteren Laufe Wasser haben. Die meisten sind während des ganzen Jahres trocken und bilden selbst zur Regenzeit selten ununterbrochene Wasseradern. Das große Unglück für Deutsch-Südwestafrika ist der außerordentlich seltene Regenfall; es hat schon eine Reihe von Jahren gegeben, wo es in Deutsch-Südwestafrika nie geregnet hat. Man kann daraus einen Schluß ziehen auf die Fruchtbarkeit.

Das Klima ist günstig, im Sommer heiß, aber trocken und gesund; im Winter gemäßigt; Nachfröste im Innern sind nicht selten. Hervorzuheben ist namentlich von den Teilen, die von den Tropen weiter nach Süden entfernt sind, die Tatsache, daß die Lungenschwindsucht dort vollständig unbekannt ist. Es ist zweifellos ein geeigneter Aufenthaltsort für Lungenkranke, um die Gesundheit wiederzuerlangen.

Bevölkerung.

Was die Bevölkerung anlangt, so ist Deutsch-Südwestafrika von verschiedenen Stämmen bewohnt.

Im Norden hausen die Owambos; sie zählten im Jahre 1902 90-100 000 Seelen. Das Gebiet der Owambos ist verhältnismäßig fruchtbar. In jenem Gebiete hat der Farmer Schlettwein, der uns einen Vortrag hielt, seine Farm. Er hat uns günstige Mitteilungen gemacht, auch erfreuliche Mitteilungen über die Treue und Anhänglichkeit der Leute auf seiner Farm. Er hat uns dort erzählt, daß er, obgleich er ein ganzes Jahr während seines fünfjährigen Besitzes in Deutschland war, bei seiner Rückkunft doch alles in tadelloser Ordnung vorgefunden hat. Dieses Owamboland interessiert uns vorläufig namentlich bezüglich der Aufruhrverhältnisse und auch für die Ansiedlung nicht. Der jetzige Gouverneur, Dr. von Lindequist, hat kluger Weise das ganze große Owamboland für die Weißen gesperrt. Er hat nicht mehr gestattet, daß die Weißen dort vorläufig ihre Niederlassungen gründen. Diese Anordnung von Seiten des Gouverneurs ist geschehen, um das Aufruhrgebiet nicht zu vergrößern. Das Aufruhrgebiet ist sonst schon groß genug und durch die Zulassung von Weißen fürchtet man, auch dort in kriegerische Verwicklungen gezogen zu werden; daher die Anordnung.

Südlich an das Owamboland stößt das Damaraland an. Die Hauptplätze sind Windhuck [Windhuk], Okahandja und Omaruru. In dieser Gegend wohnen die Hereros, die im Jahre 1902 in Bezug auf ihre Zahl geschätzt wurden auf 70-80 000, die Bergdamaras, Buschmänner und Bastards, letztere Abkömmlinge von Mischehen zwischen Buren und Farbigen. Die Bastards haben in den Kämpfen zwischen uns und den Farbigen regelmäßig auf deutscher Seite gestanden. Diese Bergdamaras, Buschmänner und Bastards, die in der Umgebung von Rehobot ihren Sitz haben, bezifferten sich im Jahre 1902 auf 30-40 000.

Dann kommt im Süden das Groß-Namaland, wo im Mittelpunkt das vielgenannte Ketmannshoop liegt. Es ist von verschiedensten Hottentottenstämmen bewohnt, die im Jahre 1902 auf 15-20 000 gezählt wurden.

Alle diese Einwohner von Deutsch-Südwestafrika sind nomadisierende Hirtenvölker, die sich von Viehzucht ernähren. Ihre Hauptmahlzeit, die sie jetzt leider sehr entbehren müssen, ist Dickmilch; an andere Sachen sind sie nicht gewöhnt. Sie hatten eine ausgedehnte Viehzucht. Die verschiedenen Stämme lebten miteinander in ständigem Streit und suchten sich gegenseitig die Viehbestände wegzustehlen. Die Gefürchtetsten unter der ganzen Bevölkerung Südwestafrikas sind die verschiedenen Sorten der Hottentotten, die Buschmänner, die „rote Nation“, die Bondelzwarts und andere. Sie sind vortreffliche Reiter und Schützen, aber ein vollkommenes Diebesgesindel.

Was die kulturelle Entwicklung der Bevölkerung Deutsch-Südwestafrikas anlangt, so muß gesagt werden, daß die Eingeborenen entschieden bildungsfähig sind. Sie haben durch eine schon seit längerer Zeit vor Errichtung der deutschen Schutzherrschaft bestehende Mission der evangelischen Rheinischen Mission und auch durch die Tätigkeit verschiedener katholischer Missionen einen gewissen Kulturzustand erreicht. Dies, meine Herren,

ergibt sich gewiss aus den früher veröffentlichten Briefen, die der damalige Gouverneur Leutwein mit Hendrik Witboi gewechselt hat, und Sie werden daraus den Eindruck gewinnen, daß Hendrik Witboi ein kluger, schreibfähiger Mann ist. Er weiß die rechtlichen und moralischen Schwächen in der Haltung der deutschen Reichsregierung bei der Okkupation und Festhaltung des Schutzgebietes wohl herausfinden und mit einer gewissen schlaun diplomatischen Sprache zu behandeln und weiß seine Erklärungen gegenüber Leutwein auch mit frommen Sprüchen aus der Bibel reichlich zu verzieren.

Was die Gesamtbevölkerung in Deutsch-Südwestafrika anbelangt, so wird sie gerechnet, trotzdem das Land $1\frac{1}{2}$ so groß ist als Deutschland, auf 200 000; mehr sind es jedenfalls nicht. Die weiße Bevölkerung betrug am 1. Januar 1903 4680, davon waren 3000 Deutsche, männliche 3400 und weibliche 1280. Dabei muß hervorgehoben werden, daß nach den verschiedensten Richtungen, namentlich in sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung, der Mangel an weißen Frauen außerordentlich zu beklagen ist.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Ich gehe über zu einer Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, und da verdient in erster Reihe genannt zu werden der Bergbau.

Bergbau.

Man hat bei der Errichtung der deutschen Schutzherrschaft gerade auf den Bergbau große Hoffnungen gesetzt und geglaubt, eine gewisse Rente herauszubekommen. Nun ist ganz zweifellos auch etwas zu erhoffen, aber die Hoffnungen, die man gehegt, haben sich bis jetzt nicht erfüllt. Erfüllt haben sie sich im Norden. Dort ist nach Kupfererzen von ausgezeichneten Ingenieuren gegraben worden; es sind eingehende Untersuchungen angestellt und günstige Resultate erzielt worden. Die Folge dieser Erhebungen war die Bildung der sogenannten Otavi-Minengesellschaft; und nachdem die Untersuchungen über die Ergiebigkeit vorgenommen waren, die Errichtung einer Privateisenbahnlinie eben durch diese Gesellschaft vom Hafen Swakopmund hinauf bis an den Endpunkt Tsumeb. Die Gesellschaft, zu der Leute gehören, die zu rechnen verstehen – es ist viel englisches Kapital dabei – rechnet auf eine jährliche Ausfuhr von 30 000 Tonnen.

Im übrigen Deutsch-Südwestafrika ist Kupfer, was jetzt einen außerordentlich hohen Wert hat und diesen voraussichtlich nicht verlieren wird, jedenfalls an einer Stelle gefunden worden. Aber man hat über die Dichtigkeit der Lagerung keine nähere Auskunft; ob in anderen Gegenden solches vorhanden ist, möchte Prof. Hahn, ein außerordentlich ruhiger und sachlicher Beurteiler, stark bezweifeln.

Man hat auch große Hoffnungen auf Gold gehabt; diese Hoffnungen sind bis jetzt getäuscht worden, da nur ganz kleine Mengen unscheinbaren Goldes gefunden wurden.

Das Hauptmineral wäre natürlich auch in Deutsch-Südwestafrika die Kohle und man hat auch schon überall geschürft, um dieses Mineral zu erlangen, aber man hat nur ungünstige Erfahrungen gemacht, gerade so wie in den südlicheren Gebieten des in englischem Besitz befindlichen Afrikas. Man hat endlich in Rhodesia ein starkes gutes Kohlen-Flötz gefunden und unser Sachverständiger Prof. Hahn hat die Hoffnung ausgesprochen, daß in der Nähe dieses Kohlenflößes bei Wankie auch größere Kohlenmengen auf deutschem Gebiet, im sogenannten Kaprivizipfel, gefunden werden. Der Gouverneur v. Lindequist hat den Zipfel gesperrt und keine Mine konzessioniert, um evtl. die Kohlelager durch das Schutzgebiet selbst auszunutzen.

Es ist auch Blau- und Gelbgrund an verschiedenen Stellen gefunden worden. Das ist von einer gewissen Bedeutung, weil darin die Diamanten gefunden werden sollen. Der Blau- und Gelbgrund ist ganz so vorgefunden worden, wie in Transvaal und Kimberley, wo ja die großen Diamantenfelder bestehen. Aber bei der Eigenart, wie man ganze Gebiete nach Blau- und Gelbgrund durchforschen kann, ohne auch nur einen einzigen Diamanten zu finden, während vielleicht dann an einer gewissen Stelle viele sind, hat man noch gar keine zuverlässigen Mitteilungen darüber, ob es uns gelingen wird, Diamanten zu finden. Bis jetzt ist einer gefunden worden im Anfang dieses Jahrhunderts. Leutwein hatte ihn noch im Jahr 1904 in der Hand. Das über den Bergbau.

Viehwirtschaft.

Gehen wir nun zum Hauptkapitel der wirtschaftl. Verhältnisse in Deutsch-Südwestafrika, der Viehwirtschaft, über. Deutsch-Südwestafrika ist zweifellos ein Land für hochentwickelte Viehwirtschaft. Eine solche hat schon früher bestanden und wird, so Gott will, auch wieder Boden fassen. Das gleichmäßige Klima mit einem Winter ohne Regen und Schnee ermöglicht für das ganze Jahr freien Weidegang. Stallungen gibt es nicht. Die Farmen sind abgeteilt entweder nur äußerlich durch gewisse Grenzen markiert, oder durch sog. Krals. Sonst ist das Vieh draußen auf der Weide, von wenigen Hirten beaufsichtigt. Gras und sonstige Futterpflanzen sind von hohem

Nährwert, aber schöne Grasfelder wie bei uns, gibt es nicht, und wo es solche gibt, sind sie nicht viel wert. Die Weidefelder sehen ganz unscheinbar aus mit struppigem Buschwerk und spärlichem Gras. Dagegen ist das Land infolge des reichen Gehalts von Salz gut bewachsen von den ganz unscheinbaren Salz- und Brackbüschen. Diese bilden die Lieblingsnahrung für das Kleinvieh. Es sind Büsche, in deren Stengel ein außerordentlich nahrhafter Saft ist. Da sie salzigen Inhalts sind, so sind sie namentlich für Ziegen- und Schafzucht sehr angenehm. Diese Salz- und Brackbüsche sind für die Kleinviehzucht von ganz unschätzbarem Werte.

Was den Umfang der Viehzucht anbelangt, so sollen in den 70er bis 80er Jahren in Damaraland zwei Millionen Rinder vorhanden gewesen sein. Prof. Hahn hat uns geschildert, wie damals drunten bei Kapstadt alle 14 Tage große Viehmärkte stattgefunden haben, zu welchen das Damara-Vieh getrieben wurde. Was das für eine Reise gewesen sein muß durch Deutsch-Südwestafrika, das ganze Kapland bis nach Kapstadt, können Sie sich vorstellen. Aber diese Märkte sollen von diesem Damaravieh sehr besucht gewesen sein. In den 90er Jahren ist dann eine große Rinderseuche ausgebrochen. Die Eingeborenen konnten und wollten sich nicht helfen lassen, sie haben sich nämlich gegen die Impfung sehr gewehrt, und im öffentlichen Gebiete ist es der deutschen Regierung nicht gelungen, die Impfung zwangsweise durchzuführen. In den mehr westlich gelegenen Gebieten der Hereros, wo diese die Wirkung der Impfung eingesehen haben, hat die Krankheit nicht in dem Umfange um sich gegriffen, wie in den anderen Gegenden. Aber man taxiert, daß in einzelnen Gegenden 80-90% unter der Rindviehpest gefallen sind.

Man hat vor dem Ausbruch der jetzigen Unruhen im Jahre 1903 noch eine Viehzählung vorgenommen und ungefähr Großrindviehbestände von 200 000 Stück festgestellt. Heute, nachdem die Unruhen ziemlich gebändigt sind und die Bevölkerung niedergeschlagen ist, ist der Rindviehbestand der Eingeborenen gleich Null und der Rindviehbestand der wenigen deutschen Farmer ganz unbedeutend. Es wird große Kosten erfordern bis Deutsch-Südwestafrika für das, wofür es sich eignet, wieder betriebsfähig gemacht ist. Es bleibt nichts anderes übrig, als Rindvieh anzuschaffen und dort zur Aufzucht zu bringen und dadurch in Deutsch-Südwestafrika wieder die alte Blüte zu erreichen.

Neben der Rindviehzucht werden besonders die Fettschwanzschafe und Wollschafe gehalten. Die Fettschwanzschafe liefern zwar ein ausgezeichnetes Fleisch, aber die Wolle ist nicht zu gebrauchen. Man hat diese eingeborene Schafart gemischt mit Merinos und man behauptet, daß man an diesen Mischungen gute Resultate erzielt habe. Man nimmt an, daß Deutsch-Südwestafrika ein sehr ergiebiges Woll-Land werde.

Ferner wird noch gehalten die Angoraziege. Sehr rentabel könnte werden vermöge der angeborenen Eitelkeit unserer Frauenwelt die Straußenzucht. Diese hat in der sogenannten Karoo, dem anstoßenden Teil der Kapkolonie, eine große Bedeutung erfahren. Prof. Hahn hat uns darüber ausführlich Bericht gegeben, wie dort die Straußenzucht gepflegt wird und uns dargestellt, wie in gewissen Teilen von Deutsch-Südwestafrika für eine Straußenzucht gerade so günstige, wenn nicht günstigere Bedingungen vorhanden sind, wie in der Kapkolonie. Er glaubt also, daß wir später mit der Straußenzucht gute Erfolge erzielen werden.

Hof- und Farmerverhältnisse.

Nun, meine Herren, wie sieht es mit dem landwirtschaftlichen Besitztum, mit den Hof- und Farmerverhältnissen aus?

Da müssen Sie die Ohren schon gehörig aufmachen, um die Ziffern zu begreifen. Eine große Farm erfordert dort ein Areal von 15 000–20 000 Hektar; auch eine kleine Farm ist unter einem Areal von 5000 Hektar kaum entwicklungsfähig und rentabel. Es ist natürlich angezeigt, wenn man die Rindviehzucht mit der Kleinviehzucht verbindet, aber auch in dieser Verbindungsform wird man unter eine große Anzahl von Hektar, wenn sie rentabel sein soll, nicht herunter kommen. Gouverneur von Lindequist nimmt immerhin an, daß eine Farm unter 7000-8000 Hektar nicht gedacht werden kann. Im ganzen wären hiernach in dem ganzen großen Gebiete von Deutsch-Südwestafrika im höchsten Falle 10000 Farmer unterzubringen, nach der eigenen Erklärung der Regierung. Daneben rechnet Lindequist allerdings mit der Möglichkeit von Kleinsiedelungen an wasserreichen Plätzen. Solche sind schon vorhanden in Osana, Okahandja und Omaruru. Der Gouverneur hat uns ausführliche Mitteilungen gemacht über Kartoffelpflanzungen, Tabak- und Dattelanlagen; in der katholischen Mission zu Windhuk sind auch Reben gepflanzt worden, die ein gutes Erträgnis liefern. Also da, wo Wasser ist, was leider an sehr wenigen Plätzen der Fall ist, ist mit einer Kleinbesiedelung zu rechnen.

Wasserverhältnisse.

Ich habe eben das Wasser schon erwähnt. Die Wasserfrage ist für Deutsch-Südwestafrika wie für die Kapkolonie die Hauptfrage, aber auch die Schmerzensfrage. Ich habe schon eingangs geschildert, wie die Flußläufe nicht zu verwerten sind. Bei Windhuk gibt es warme salz-

[Seitenwechsel von 1 auf 2]

haltige Quellen. Es werden nun in der letzten Zeit, gerade so wie in der Kapkolonie schon seit einer längeren Reihe von Jahren Bohrversuche gemacht und – lachen Sie nicht meine Herren, in der Budgetmission ist der Gouverneur von gewisser Seite ausgelacht worden – man setzt auf die Wünschelrute des Herrn Landrats von Uslar, der seine Tätigkeit jetzt dort entfaltet, große Hoffnungen. Der Herr Gouverneur von Lindequist hat dort gemeint, auch in diesem Falle gehe probieren über studieren; auch er habe sich keine großen Erfolge versprochen; er hat aber tatsächlich die günstigsten Erfahrungen gemacht, sodaß auch sein Bergbautechniker sich schließlich geschlagen geben mußte. Wir wollen hoffen, daß die Bohrversuche zu einem günstigen Resultate führen. In einzelnen Gegenden wird mit der Anlegung von Stauweihern zu rechnen sein, um eine Kleinsiedelung mit Gemüsepflanzung zu ermöglichen.

Verkehrsmittel.

In diesem Zusammenhange will ich auch die Verkehrsmittel in Deutsch-Südwestafrika behandeln.

Bahnen.

Es sind im ganzen 3 Bahnen zu verzeichnen. Die eine Bahn ist die Privatbahn der Otaviminengesellschaft von Swakopmund nach Tsumeb. Daneben läuft von Swakopmund ab eine von der Regierung gebaute Bahn bis Windhuk. Diese ist vollständig leistungsunfähig, sie ist gebaut worden, ohne daß irgend welche Anforderungen an den Reichstag gestellt worden sind. Es ist eine Schmalspurbahn; der Kilometer kostet 38 000 Mark, sie muß vollständig umgebaut werden, wenn sie leistungsfähig werden soll. Sie hat bei Karibib eine Verbindungsbahn nach der Privatlinie der Otavi-Minengesellschaft. Die dritte Bahn geht ab von dem anderen Hafen, der Lüderitzbucht, bis 140 km ins Land hinein. Sie wurde vom Reichstage genehmigt am 15. Dezember 1905 und am 31. Oktober 1906, in ihrer Schlußhaltestelle Aus eröffnet. Auf die Fortsetzung dieser Bahn werde ich hernach noch zurückkommen.

Häfen.

An Häfen sind nur zwei zu nennen, der Hafen von Swakopmund, ein unglückliches Schmerzenskind, vollständig leistungsunfähig, so viele Kosten er auch verschlungen hat, und der ausgezeichnete Hafen von Lüderitzbucht, von dem jetzt auch die Hauptbahn ausgeht.

Der Reichstag und die Bahn nach Keetmanshoop.

Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, daß ich über diese Fortsetzung der Bahn von Aus-Kubub bis Keetmanshoop noch ein Wort reden will. Die Fortsetzung dieser Bahn ist in einem zweiten Nachtragsetat vom Reichstag angefordert worden. Sie ist schon aufgefordert gewesen im Frühjahr dieses Jahres; sie ist aber damals nicht genehmigt worden und zwar aus guten Gründen, insofern auch nicht der mindeste genauere Plan und auch nicht eine annähernde [annähernde] Kostenberechnung von Seiten der Regierung dem Reichstag vorgeschlagen werden konnte. Es gehört zu den guten Gepflogenheiten in Gemeinde und Staat u. es ist ein gutes Recht einer Gemeinde- und Volksvertretung, keine Ausgabe zu bewilligen, ohne einen Kostenvoranschlag und genaue Pläne. So halten wir es hier in Freiburg; der Freiburger Stadtrat dürfte es nie wagen, an den Bürgerausschuß heranzutreten ohne Pläne und Kostenberechnung. So halten wir es im Badischen Landtage und so halten wir es gegenüber der Reichsregierung, und das ist hoffentlich ein gutes Recht des Reichstags.

Es hat sich auch ergeben – ich komme darauf noch zurück – daß die Richterbauung der Bahn damals von einem wesentlichen Nachteil nicht begleitet war. Ich kann jetzt schon sagen, daß der stellvertretende Kolonialvertreter Dernburg anerkannt hat, daß der damalige Reichstag im Mai mit guten Gründen gehandelt hat, als er die Erbauung der Bahn vorläufig ablehnte. Im übrigen war die Zentrumsparthei der Meinung, daß in den Kolonien Bahnen gebaut werden müssen; wir haben damals auch unsere prinzipielle Geneigtheit ausgesprochen. Wenn wir trotzdem den Bahnbau ablehnten, so geschah dies aus den angegebenen Gründen. Jetzt nun, bei der Anforderung im zweiten Antragsetat ist diesen Ansprachen des Reichstages von Seiten der Reichsregierung in durchaus genügender Weise nachgekommen worden. Wir haben einen guten Plan, und ebenso haben wir recht sorgfältig durchgearbeitete Kostenvoranschläge vorgelegt erhalten. Und dann hat die Budgetkommission noch am Tage der Reichstagsauflösung in schönster Eintracht der Regierung und der Zentrumsparthei, eigentlich fast noch nicht ahnend, was bevorsteht, die Fortsetzung dieser Bahn beraten und beschlossen. Die Regierung hatte einfach vorläufig 8,900,000 M. Angefordert in einem Nachtragsetat; wir aber, die

Budgetkommissionsmitglieder der Zentrumspartei haben den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, dessen Vorzüge sowohl vom Herrn Staatssekretär von Stengel als auch von dem stellvertretenden Kolonialdirektor Dernburg in jener Donnerstagssitzung anerkannt worden sind.

Wir bestimmen in diesem Gesetzentwurf folgendes:

§ 1.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, dem Schutzgebiet Südwestafrika zum Zwecke des Baues einer Eisenbahn von Aus nach Keetmanshoop in einer Spurweite von 1,067 m ein Darlehen bis zum Höchstbetrage von 21,500,000 M. nach Maßgabe der zu bewilligenden Etatbeträge zur Verfügung zu stellen und die dafür erforderlichen Mittel im Wege des Kredits flüssig zu machen.

§ 2.

Dieses Darlehen, sowie die Summe von 8,500,000 M. für die Eisenbahn Lüderitzbucht-Aus, also insgesamt 30 Millionen Mark, ist seitens des Schutzgebietes Südwestafrika binnen 53 Jahren vom Tage der Auszahlung ab nach einem vom Reichskanzler aufzustellenden Tilgungsplan zurückzuerstatten und bis dahin vom 1. April 1911 ab mit 3 ½ % jährlich zu verzinsen. Diese Tilgung beginnt frühestens am 1. April 1912.

§ 3.

Die zur Verzinsung und Tilgung erforderlichen Beiträge sind alljährlich in den Etat des Schutzgebietes Südwestafrika aufzunehmen und zur Verfallzeit aus den eigenen Einnahmen an das Reich abzuführen. Diese Maßnahme bleibt bezügl. der Tilgung bis zu dem Zeitpunkte ausgesetzt, wo das Schutzgebiet eines Reichszuschusses nicht mehr bedarf.

§ 4.

Die im Verkehrsbezirk der zu erbauenden Eisenbahn tätigen Landgesellschaften und Farmbesitzer sind zu einer entsprechenden, durch Gesetz zu regelnden Leistung zum Baue der Bahn und ihrer Anlagen, sowie zu den Unterhaltskosten derselben heranzuziehen.

§ 5 enthält Bestimmungen über die Expropriation des Geländes. Bezüglich dieses § 5 haben sich in der Budgetkommission Bedenken gezeigt; die anderen Paragraphen wurden aber als eine glückliche Lösung dieser Eisenbahnfrage von Regierung und Parteien anerkannt und es ist auch noch am selben Tage die ganze Bahnvorlage mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden nach Maßgabe des von uns beantragten Gesetzes. Auf die politischen Gesichtspunkte die sich aus dieser Sache ergeben, werde ich später noch zurückkommen.

Meine Herren, das ist das, was über Land und Leute und über die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Schutzgebietes zu sagen wäre und ich wende mich nun zu seiner Geschichte.

II.

Die Geschichte von Deutsch-Südwestafrika.

Bis zum Aufstand der Bondelzwarts und Hereros.

In den Jahren 1883/85, zur Zeit heftiger Kämpfe zwischen Hendrik Witboi und den Hereros, machte der Bremer Kaufmann Lüderitz in Südwestafrika bedeutende Landerwerbungen, die im Jahre 1884 unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt wurden und am 3. April 1885 in den Besitz der deutschen Kolonialgesellschaft übergangen, worauf Dr. Göring als deutscher Reichskommissär dorthin gesandt wurde. Im Jahre 1891 kam mit der ersten Schutztruppe von 50 Mann der neue Reichskommissär Hauptmann v. François. Dies scheint die nächste Veranlassung zu dem Friedensschlusse zwischen Hendrik Witboi und den Hereros im Jahre 1892 gewesen zu sein. Die Witbois anerkannten die deutsche Schutzherrschaft nicht und sammelten ihre Kräfte gegen diese. Am 12. April 1903 überfiel unsere Schutztruppe in Hornkranz die Witbois [Dieser Überfall fand am 12.4.1893 statt]. Der tüchtige Hendrik konnte aber sich und fast alle waffenfähigen Männer durch die Flucht retten.

In der Neujahrsnacht 1893/94 landete der neue Gouverneur, Major Leutwein. Im August-September 1894 kam es in der Naukluft zum Entscheidungskampf mit Hendrik Witboi. Leutwein mußte sich von der Unmöglichkeit der Vernichtung der Witbois überzeugen und schloß deshalb Frieden mit denselben, den diese auch 10 Jahre lang hielten.

Die Stärke der Schutztruppe in dieser Zeitpunkt.

Auf die verschiedenen kleineren Aufstände in der Zeit von 1897/1901 brauchen wir hier nicht einzugehen; dagegen interessiert uns sehr die Stärke der Schutztruppe in jenen Jahren.

Sie betrug im Jahre 1893: 350 Mann
 1894: 500 " und 15 Offiziere

1896: 900 " " 33 "
1897: 700 " " 31 "
1902: 780 " " 42 "

und zwar 500 Feld- und 280 Polizeitruppen. Daneben gab es bis zum Aufstande im Jahre 1904 auch etwa 130 eingeborene Soldaten und Polizisten. Eine so kleine Truppe war nur möglich, solange es gelang, die einzelnen Stämme diplomatisch gegeneinander auszuspielen, was der Gouverneur Leutwein ausgezeichnet verstand. Er wußte sich aber auch mit den Jahren das Vertrauen der Eingeborenen zu erwerben und hatte in den Kämpfen mit den einzelnen Stämmen immer angehörige anderer Stämme als gut verwendbare Truppen unter seinem Kommando. Er schreibt in seinem Buch Seite 437:

„Ja sogar im Monat Juni 1904, mitten im Hererokriege, habe ich die Truppe dem Generalleutnant von Trotha mit Bundesgenossen aus allen Hottentottenstämmen übergeben können“.

Seite 522:

„Auf Grund meiner Erfahrungen hatte ich die unumstößliche Gewißheit gewonnen, daß man in dem unwegsamem weiten Südwestafrika Eingeborene nur mit Hilfe von Eingeborenen besiegen könne, sowie daß man aufständischen Eingeborenen nach genügender Bestrafung wieder rechtzeitig die Hand bieten müsse, wolle man nicht die Gefahr einer Verlängerung des Krieges bis ins unendliche heraufbeschwören.“

Seite 525:

„Die Hand bieten kann man, da bei allen Aufständen die große Masse nur aus Verführten und Mitläufern besteht. Eine Vernichtungspolitik beraubt uns dagegen nicht nur eines wichtigen Faktors im wirtschaftlichen Leben der Kolonien, sondern sie führt auch unvermeidbar zum Guerillakrieg (Kleinkrieg) und für einen solchen gibt es auf der ganzen Welt vielleicht keinen günstigeren Boden als unser Südwestafrika“.

Der Aufstand der Bondelzwarts und Hereros.

In den Oktober 1903 fällt der Aufstand der Bondelzwarts – und damit der Beginn des allgemeinen Aufstands – infolge des Vorgehens des deutschen Distriktschefs Leutnant Jobst in Warmbad gegen den Kapitän Abraham Christian. Ein Schriftsteller aus dem großen Generalstab nennt Christians Aufführung eine freche. Von Leutwein dagegen erfahren wir folgenden Tatbestand: Abraham hatte einem Stammesangehörigen für eigene Zwecke einen Hammel weggenommen. Der Distriktschef lud ihn deshalb zur „Belehrung“ nach Warmbad. Der Häuptling hielt es nicht für nötig, der Einladung Folge zu leisten, da nach dem Schutzvertrage civile Streitigkeiten unter Eingeborenen der Kompetenz der deutschen Behörden nicht unterlägen. Im Gefühle seines Unrechts ersetzte er aber den Wert des Hammels mit 20 Mark. Anstatt sich aber damit zu begnügen, befahl ihm Leutnant Jobst in Warmbad zu erscheinen. Abraham Christian stellte sich krank, schickte aber mehrere Großleute. Jobst blieb aber auf seinem Verlangen bestehen und rückte nun mit einer Polizeiabteilung aus, um den Abraham Christian festzunehmen. Dies gelang ihm zwar, aber der Stamm der Bondelzwarts hielt zu seinem Häuptling und es kam zu Kämpfen, bei welchen sowohl Abraham Christian als der Leutnant Jobst fielen. Es soll zu Ehren des letzteren, der als tapferer Soldat gefallen ist, nicht verschwiegen werden, daß ihm Leutwein im übrigen das Zeugnis eines besonnen und zuverlässigen Mannes ausstellt.

Dem Aufstand der Bondelzwarts folgte im Januar 1904 die Empörung der Hereros. Die entscheidenden Kämpfe mit diesen wurden im August 1904 an den Waterbergen ausgefochten. Im Oktober 1904 fielen auch die Witbois und die andern Hottentottenstämme, die bisher noch mit den Deutschen gekämpft hatten, ab. Die schweren Kämpfe mit den Hottentotten zogen sich durch die Jahre 1905/06 hin.

Häufiger Kommandowechsel.

Zu Anfang des Jahres 1904 hatte ein Kommandowechsel stattgefunden, indem an die Spitze der Schutztruppe Oberst Dürr berufen wurde, während dem inzwischen zum Obersten beförderten Leutwein die Gouverneursgeschäfte verblieben. Infolge eines Herzleidens, das wohl auch schon in Deutschland hätte festgestellt werden können, dauerte sein Aufenthalt auf dem Kampfplatz nur 4 Wochen. Seit Mai 1904 führte das Oberkommando über die Truppe Generalleutnant von Trotha, später Oberst Dame, und sodann Oberst von Deimling. Die Truppenzahl war allmähig auf 14-15000 Mann erhöht worden.

Die jetzige Kriegslage in Südwestafrika.

Die Kriegslage war nach den eigenen Erklärungen der Regierung zur Zeit der Reichstagsauflösung so, daß die

noch im Feld stehenden feindlichen Hottentotten nicht über mehr als 3-400 Gewehre verfügten. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß nur dann von einem Vorteile im Felde gesprochen werden kann, wenn es gelingt, die Gewehre abzunehmen. Ueber dem Oranjefluß liegen in der Kapkolonie im Lager bei Steinbock viele waffenfähige Hottentotten, die immer bereit sind, die Stelle eines gefallenen Stammesgenossen einzunehmen. Nun haben sich nach den allerneuesten Nachrichten die Bondelzwarts unter ihrem Häuptling Wilhelm Christian in der Stärke von 130 Mann mit 105 Gewehren übergeben und es wird regierungsseitig die Meinung ausgesprochen, daß nunmehr der Krieg rasch zu Ende sein werde.

Folgen der Aufstände.

Die Folgen der Aufstände und ihrer Niederwerfung sind natürlich die traurigsten: die Eingeborenen, die zur Bewirtschaftung des Landes unerläßlich notwendig sind, sind dezimiert; ein Teil derselben hat sich über die Grenze hinübergeflüchtet; andere haben sich in den von der Regierung vorgesehenen Lokationen gestellt, wobei namentlich die Missionare beider Bekenntnisse gute Dienste leisteten. So haben sich nach und nach 16 000 Hereros gestellt, die nun zu bewachen sind. Sie waren größtenteils zu Skeletten abgemagert und mußten erst durch sorgfältige Verpflegung wieder auf einen ordentlichen Ernährungszustand gebracht werden. An Vieh vermochten sie nichts abzuliefern, ausgenommen drei abgemagerte Pferde.

III.

Die Reichstagsauflösung.

So stand die Sache, als im November dieses Jahres der Reichstag in die Kolonialdebatte eintrat. Sie wurde mit folgender Erklärung des Reichskanzlers am 28. November d. J. eingeleitet [eingeleitet]:

„Meine Herren! Ich benütze die erste, mir gebotene Gelegenheit, um mich vor diesem hohen Hause über unsere kolonialen Angelegenheiten auszusprechen. Ich bin gewiß, keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich sage, daß wir auf diesem Gebiet eine ernste Krisis durchmachen. Unsere Kolonien haben uns die schwersten Opfer auferlegt, Opfer an Gut und Opfer an Blut. Trotz der über jedes Lob erhabenen Bravour unserer Truppen ist es erst nach dreijährigen blutigen Kämpfen gelungen, den Widerstand des Gegners zu brechen. Wenn auch der Hauptwiderstand des Feindes überwunden ist, so dauert doch leider der Kleinkrieg noch fort, und es wird voraussichtlich noch einige Zeit vergehen, bis wieder völlige Ruhe und Sicherheit in unser Schutzgebiet einzieht. Die Kriegsführung auf so weite Entfernung, unter schwierigen und ungewöhnlichen Verhältnissen hat uns enorme Summen gekostet. Weitere große Summen werden erforderlich sein für die Beendigung des Krieges, für die Wiederaufrichtung unseres Schutzgebietes und für seine weitere wirtschaftliche Erschließung.“

In einem ersten Nachtragsetat auf das Rechnungsjahr 1906 verlangte die Regierung für das Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika 29 220 000 Mark. Demgegenüber stellte das Zentrum 2 Anträge: 1) Reduktion auf rund 20 200 000 Mark, also Strich von rund neun Millionen. Dabei ging man von folgender Erwägung aus: Ursprünglich waren für das Jahr 1906 für Südwestafrika 92 800 000 Mark gefordert worden. In der Erwartung einer früheren Beendigung des Krieges hatte der Reichstag die Summe auf 77 600 000 Mark heruntersetzt. Da sich nun diese Hoffnung als irrig erwiesen hatte, erschien es angezeigt, die Summe in dem ursprünglich angeforderten Betrag anzunehmen, also um 15 200 000 Mark die ursprüngliche Bewilligung zu erhöhen. Mit Rücksicht aber darauf, daß in der ursprünglichen Vorlage verschiedene Ansätze offensichtlich zum Teil zu niedrig bemessen waren, erhöhte der Zentrumsantrag den Betrag um 5 Millionen, also auf Mark 20 200 000. Damit wurde die Truppenzahl in keiner Weise gemindert; es war, wie Spahn sich ausdrückte, „der letzte Mann und Groschen bewilligt.“ Man war sich auch klar, daß der Rechnungsabschluss eine Ueberschreitung der 20 200 000 Mark ausweisen werde, aber man wußte, daß für die fehlenden Ueberschreitungen der Jahre 1904/05 mit etwa 30 Millionen Mark ein besonderes Kreditgesetz vorsorgen müsse, und dann wollte man, um die Ueberschreitungen im vollen Umfange in einem Bilde zu übersehen, daß in dieses Kreditgesetz auch die fehlenden Ueberschreitungen des Jahres 1906 mit einbezogen würden. 2) Aenderung des verfügenden Teils des Nachtragsetats, des sogenannten Dispositivs. In dieser Beziehung ist zu bemerken: Die Regierung hatte ihre Anforderungen folgendermaßen begründet:

„Am 1. Oktober 1906 betrug die Stärke der Schutztruppe 12 281 Köpfe gegenüber der im Etat für 1906 veranschlagten Durchschnittsstärke von rund 14 500. Bis Ende März 1907 werden voraussichtlich weitere 4013 Köpfe heimgesandt werden, sodaß die Stärke der gesamten Schutztruppe am Ende des Rechnungsjahres 1906 8268 Köpfe betragen wird.“

In der Budgetkommission hatten sich die militärischen Vertreter dahin ausgesprochen, daß man nach Erbauung der Bahn Aus-Kubub nach Keetmanshoop weitere 1000 Mann nach Hause schicken und sich mit 7000

begnügen könne, während später nach völliger Niederwerfung des Aufstandes immer noch 5000 Mann erforderlich sein dürften. Sie mußten aber zugeben, daß hierüber weder eine Entschließung des Kolonialamts, noch des Bundesrats vorliege.

Demgegenüber beantragte das Zentrum, dem Dispositiv: „Ausgaben infolge Verstärkung der Schutztruppe zur Niederwerfung des Eingeborenenaufstandes und zur Heimbeförderung von Verstärkungen der Schutztruppe“ hinzuzufügen:

„Die in der Weise zu erfolgen hat, daß spätestens bis zum 31. März 1907 neben der Heimsendung weiterer 4000 Mann die Vorbereitungen dazu getroffen sind, die Gesamtstärke der Schutztruppe auf die Zahl von 2500 herabzumindern.“

Ein freisinniger Antrag Dr. Ablaß und Genossen wollte dem Antrag hinzufügen:

„Mit der Maßgabe, daß neben der im Gange befindlichen Heimsendung von weiteren 4000 Mann im Laufe des Rechnungsjahres, die Vorbereitungen zu einer erheblichen weiteren Verminderung der Gesamtstärke der Schutztruppe entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebietes bis zum Ablauf des Rechnungsjahres getroffen werden.“

Mit diesem Antrag erklärten sich die Regierung sowie die konservative und nationalliberale Partei einverstanden.

[Wechsel auf Seite drei des Originals]

Beiden Anträgen gemeinsam ist die Absicht, schon durch das Dispositiv des Nachtragsetats für 1906 auf den Schutzgebietes für 1907 in dem Sinne einzuwirken, daß man in diesem mit einer geringeren Truppenstärke und deshalb geringerem Aufwand zu rechnen habe. Der freisinnige Antrag begnügte sich aber mit einer allgemeinen Fassung ohne bestimmte Zahl und konnte deshalb nur die Bedeutung einer harmlosen Resolution beanspruchen. Damit konnten wir vom Zentrum uns, gewitzigt durch frühere Erfahrungen, nicht zufrieden geben. Um Resolutionen pflegen sich Regierungen nur dann zu kümmern, wenn sie ihren eigenen Wünschen entsprechen. Eine wirksame Aktion des Reichstages verlangte in diesem Falle eine ziffermäßige Festlegung. Die Aufnahme der Ziffer schon im Dispositiv des Nachtragsetats sollte es der Regierung ermöglichen, bei der Aufstellung des noch nicht vorgelegten Etats für 1907 die Wünsche des Reichstages zu berücksichtigen. Dabei muss hervorgehoben werden, daß der Antrag nicht die Rücksendung der Truppen bis auf 2500 Mann bis zum 1. April 1907 verlangt, sondern nur Vorbereitungen, welche die Truppenheimsendung im weiteren Verlaufe des Jahres 1907 ermöglichten. Die Regierung wäre hiernach je nach der Lage auf dem Kriegsschauplatz berechtigt gewesen, noch einige Monate eine größere Truppenzahl zurückzuhalten. Das aber nahm das Zentrum als selbstverständlich an, daß die Entscheidung gegenüber den 300 feindlichen Gewehren im Verlaufe der ersten Hälfte des Jahres 1907 erfolgen könne und müsse.

Nachdem der Antrag Ablaß und die Regierungsvorlage mit knapper Mehrheit abgelehnt worden waren, erhob sich der Reichskanzler, um die kaiserliche Botschaft von der Auflösung des Reichstages zu verlesen. Eine Abstimmung über den Zentrumsantrag fand deshalb nicht mehr statt.

IV.

Vorwürfe gegen das Zentrum.

Die „Nebenregierung des Zentrums“.

Meine Herren! Nunmehr kann ich mich zu den Vorwürfen wenden, welche aus Anlaß der besprochenen Vorgänge gegen die Zentrumsfraktion erhoben werden.

Vorweg nehmen will ich den Vorwurf der „Nebenregierung“ und die Besprechung des Falls Roeren. Kollege Roeren behandelte mit Wissen der Fraktion in der Kolonialdebatte die Skandale in Togo, namentlich gegenüber der dortigen kath. Mission. Ich gehe auf unsere Kolonialskandale nicht im Näheren ein, stelle hier aber nur fest, daß schwere Verfehlungen nach Ansicht der Regierung und der Parteien in den Kolonien seitens deutscher Beamten vorgekommen waren, daß eine Besserung an Haupt und Gliedern als geboten angesehen wurde, und daß der neue Kolonialdirektor berufen sei, mit eisernem Besen auszukehren.

Die Abstellung solcher Unzuträglichkeiten kann man auf doppeltem Wege versuchen, entweder durch Besprechung in aller Öffentlichkeit, oder durch vertrauliche Verhandlungen mit den vorgesetzten Behörden. Die Sozialdemokratie wählt bekanntlich grundsätzlich den ersteren Weg, Herr Roeren ergriff aus begreiflichen Gründen den letzteren. Es ist nicht angenehm, deutsche Beamte vor aller Welt anzugreifen, sie dadurch ohne dringende Not blozustellen und die Schadenfreude des mißgünstigen Auslands zu wecken. Dem Ersuchen des Missionspräfekten Bücking folgend, übernahm Herr Roeren die Vermittlung zu Verhandlungen mit dem Kolonialamt. An den Besprechungen beteiligten sich regierungsseitig der Kolonialdirektor Stübel und der

Personalreferent von König, von Missionsseite der Präfekt und Roeren. Die Mißstände in Togo wurden vom Kolonialamt zugegeben, Abhilfe versprochen und Abberufung der Beamten, welche sich Verfehlungen hatten zu Schulden kommen lassen, zugesagt und auch vorgenommen. Die bezügl. Vereinbarungen wurden in einem Protokoll niedergelegt. Von diesen Verhandlungen auf dem Kolonialamt hatte die Zentrumsfraktion keine Kenntnis, ebensowenig von den Schritten, die Herr Roeren zu Gunsten eines Subalternbeamten Wistuba, welcher der Mission in Togo an die Hand gegangen war, unternommen hatte. Hätte die Fraktion von der zwischen dem Kolonialamt und dem Präfekten getroffenen Vereinbarung Kenntnis gehabt, so würde sie ihre Zustimmung zur öffentlichen Besprechung der Skandale in Togo nicht gegeben haben. Herr Roeren hat auch andern Tags in einer Erklärung von (der Reich)stagtribüne kund gegeben, daß er in diesen Beziehun(gen auf?) eigenes Risiko hin vorgegangen sei und unter unter völliger Entlastung der Fraktion die Verantwortung allein zu tragen habe. Damit war auch für jeden klar gestellt, daß zwar ein einzelnes Mitglied der Fraktion, nicht aber die Fraktion als solche sich in die Angelegenheiten des Kolonialamts eingemischt hat. Und was nun die Tätigkeit des Herrn Roeren anlangt, so geschah dieselbe auf Wunsch des Kolonialamts und mit Wissen und Willen des Reichskanzlers, der Herrn Roeren sogar brieflich seinen Dank abstattete. War bei dieser Sachlage für den stellvertretenden Herrn Kolonialdirektor Dernburg ein Grund vorhanden, sich über die Einmischung des Herrn Roeren zu beklagen? Und wenn er dessen Tätigkeit glaubte als Einmischung betrachten zu müssen, hätte dann nicht die Gerechtigkeit verlangt, daß es sich mindestens ebenso scharf gegen gewisse Einmischungen der Angehörigen von anderen Parteien ausgesprochen hätte? Man weiß ganz genau, daß die Ernennung des übel beleumundeten Herrn von Puttkamer zum Gouverneur von Kamerun seinerzeit gegen den ausgesprochenen Willen des damaligen Reichskanzlers Caprivi durch hohe Einflüsse durchgedrückt wurde. Man weiß auch ganz genau, daß die teilweise Begnadigung des früheren Gouverneurs von Ostafrika, Peters, und die mit der Untersuchung gegen diesen zusammenhängende Pensionierung des Geh. Rats Hellwig den Bemühungen der freikonservativen Abgeordneten Arendt und v. Kardorff zuzuschreiben ist. Warum denn, wenn es Herrn Dernburg nur um die Sache zu tun gewesen wäre, nur diese einseitige Entrüstung? Jede schwache Behörde ist gewissen Zuflüsterungen zugänglich. Es gibt auch in Baden die eine oder andere Behörde, die in diesem Rufe steht, und klagen darüber sind schon von den verschiedensten Seiten ohne Rücksicht auf die Parteistellung laut geworden. Wünscht man vielleicht, daß das Kapitel, welche Partei auch in Personalfragen den größten Einfluß auszuüben sucht und tatsächlich ausübt, einer genaueren Prüfung unterzogen werde? Das Zentrum könnte, abgesehen von Kleinigkeiten, diesem Examen ruhig entgegensehen. Roeren hat aus den besten Gründen uneigennützig gehandelt; ob das alle Abgeordneten anderer Parteien auch von sich sagen können?

Der Ausfall des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg gegen das Zentrum.

Die deutsche Kolonialgesellschaft, an ihrer Spitze Herzog Albrecht zu Mecklenburg, sagt im Aufruf folgendes:
„Nicht genug ist gewürdigt worden, daß mit dem ablehnenden Beschluß unseren tapferen Kriegern dort draußen der in blutigen Gefechten und unerhörten Strapazen errungene Lorbeer des Sieges wieder entrissen und sie gezwungen werden sollten, vor den wilden räuberischen Hottentotten das Feld zu räumen. Unsere Ansiedler sollten aufs neue schutzlos den Wilden zur Plünderung und grausamem Martertode ausgeliefert werden.“

Demgegenüber verweise ich auf die vorgetragene Erklärung des Reichskanzlers vom 28. Nov. d. J., wonach „der Hauptwiderstand des Feindes überwunden ist“, auf die Tatsache, daß nur noch 300 Gewehre im Felde standen und daß das ganze übrige Schutzgebiet entwaffnet und entvölkert und die Reste der Hereros in Lokationen untergebracht waren. Und damit bitte ich dann auch noch die so bescheidenen Truppenziffern unter Leutwein zu vergleichen. Angesichts dieser Tatsache hätte sich der hochgeborene Herr seinen Ausfall ruhig sparen können. Unsere patriotische, christliche und humane Denkungsweise läßt uns die Sorge für unsere Truppen nicht vergessen.

Wie kommt das Zentrum auf den Antrag, die Truppenstärke vor dem Feinde auf 2500 Mann festzusetzen?

Oberst v. Deimling, mein lieber Schulkamerad und Conabiturient, hat am 19. März d. J. Im Reichstag erklärt, daß nötig seien im Süden 2000 Mann, gegen die Hereros 1000 und im Namaland 500, „Summa summarum 3500“. Die anderen Truppen bis zu 14 000 Mann werden verwendet als Telegraphisten, Scheinwerferabteilungen in den Häfen von Swakopmund und Lüderitzbucht, Eisenbahntuppen für die Strecke Lüderitzbucht-Kubub, Proviant- und Fuhrparkkolonen, sowie zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen. Er hat dort auch die Möglichkeit der Rücksendung weiterer Truppen zugegeben, sich die Nennung der Zahl aber

von der Genehmigung der Bahn Kubub-Keetmanshoop vorbehalten. Wegen dieser als Pression aufgefaßten Bemerkung hat ihm damals der freisinnige Führer, der jetzt auch zu der Regierungspartei gehört, Vorwürfe gemacht in einer Schärfe, die bei sehr vielen von uns keine Billigung fand.

Der stellvertretende Kolonialdirektor Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg hat im Mai d. J. Im Reichstag ausgeführt:

„Ich will mich hier keiner Uebertreibung schuldig machen und will bekennen, daß gegen ein paar hundert Hottentotten eine so erhebliche Truppenmasse, wie wir sie bis jetzt hatten, ja für die Zukunft nicht nötig sein wird. Ich nehme an, daß wir vielleicht in naher Zukunft im Süden mit 1000 Mann auskommen können.“

Der Regierungsvertreter, Oberstleutnant Quade, hat in der Sitzung der Budgetkommission vom 7. Dezember d. J. folgendes vorgetragen:

„Die Möglichkeit der Verminderung der Schutztruppe auf ein derartiges Minimum hängt ab von der Entwicklung des Schutzgebietes und der Zahl der dort vorhandenen weißen Bevölkerung, und vor allem von dem weiteren Fortschritt der Entwicklung der Verkehrswege im Lande, insbesondere der Eisenbahnen, von der Entlastung der Truppe von den Aufgaben polizeilicher Natur und den allgemeinen kulturellen Aufgaben wie Herstellung von Verkehrswegen, Erschließung von Wasserstellen usw.“

Mit Rücksicht auf diese Verlautbarungen hat der der Redner der Zentrumsfraktion, Spahn, in der Sitzung vom 13. Dezember ausgeführt:

„Die Situation würde nach Annahme des Zentrumsantrages so liegen, daß voll bewilligt würde die Mannschaft, die vor dem Feind erforderlich wäre, daß aber die Mannschaften, die erforderlich sind, um die Zufuhr für diese Truppen zu sichern sowie um die sonstigen vom Obersten v. Deimling im März 1906 erwähnten Zwecke zu erreichen, durch Polizeitruppe ersetzt werden sollen.“

„Alle Beschlüsse, die der Reichstag faßt, sind gefaßt unter der Voraussetzung, daß die Verhältnisse so bleiben, wie sie zurzeit der Beschlußfassung liegen. Ändert sich die militärische Lage in Südwestafrika, verschlechtert sich dort später die Situation, so müssen selbstverständlich zur Erringung des Friedens neue Mittel bewilligt werden. Aber die Sorge, daß dies geschehen könne, kann unsere jetzige Beschließung nicht bestimmen.“

Noch am 6. Dezember hat der freisinnige Abgeordnete Dr. Wiemer in der Budgetkommission laut protokollarischer Feststellung gewünscht, daß den Eingeborenen Entgegenkommen gezeigt werde; es ständen nur noch etwa 300 Hottentotten im Felde und diesen gegenüber sei es nicht zu verantworten, wenn man mehr als 2500 Mann dort ließe; wenn die militärische Autorität ins Feld geführt werde, so ständen dieser die Interessen der Steuerzahler gegenüber; eine Kolonialarmee, zu der eine dauernde Truppe von 5000 Mann in Südwestafrika der Anfang sei, könne das Reich nicht tragen; er sei der Ansicht, daß eine Polizeitruppe genügen müsse. Dieser selbe Redner stimmte aber schon am 13. Dezember mit der Regierung.

Der Volksvertreter tut gut daran, auch gegenüber militärischen Autoritäten seine eigene gewissenhafte Ueberzeugung nicht ganz zur Seite zu stellen. Das ist die eigentliche Aufgabe der Volksvertretung, die Autorität der Regierung und ihrer Vertreter, auch der Militärs, zu prüfen, sie ihrer Kritik zu unterziehen und nach ihrer eigenen besten Ueberzeugung die Entscheidung zu treffen. Das von mir vorgetragene Material gibt den ausreichenden Beweis dafür, daß das Zentrum mit seiner Annahme, es müßten künftig 2500 Mann genügen, das richtige getroffen hat.

Die Weihnachtsbotschaft aus Südwestafrika.

Die glänzendste Bestätigung aber, daß der Krieg zu Ende ist und daß die letzten Aufflackerungen in kurzer Frist zu bewältigen sein müssen, hat die Weihnachtsnachricht von der Uebergabe der Bondelzwards gegeben. Will man denn wirklich gegen die 200 Gewehre, die jetzt noch höchstens im Felde stehen, einige Tausend Mann deutscher Truppen länger auf den Beinen halten? Es ist befremdlich, daß die Regierung zurzeit der Reichstagsauflösung von der Situation im Felde keine nähere Nachricht gehabt haben soll. Wenn aber Voraussicht das Zeichen einer guten Politik ist, dann hat das Zentrum jetzt bewiesen, daß es gute Politik zu machen versteht.

Die Regierung findet nach ihrer offiziösen Verlautbarung in der Uebergabe der Bondelzwards ein Zeugnis für die Richtigkeit der „Festigkeit der Regierung“. Eine lächerlichere Behauptung ist kaum jemals aufgestellt worden. Es wird nun auch in Blättern, sogar in solchen, die der neuesten Regierungspolitik nahestehen, die Lauge bitteren Spottes über diese Behauptung ausgegossen.

Die Phrase von dem Eingriff in die Kommandogewalt.

Die Haltung der Mehrheit des Reichstages wird als ein unberechtigter Eingriff in die Befugnis der Regierung, in die oberste Kommandogewalt bezeichnet. Der Reichskanzler hat dies folgendermaßen ausgedrückt:

„Eine Regierung kann sich nicht von Parteien und Parlament vorschreiben lassen, wie viele Truppen sie für kriegerische Operationen braucht... Parteien können Forderungen annehmen oder ablehnen, denn sie tragen keine Verantwortung (Oho!). Sie tragen keine Verantwortung. Die Regierung darf sich nicht vor Wünschen und Interessen einzelner Parteien beugen, wenn ihre höchste Aufgabe, die nationale, in Frage steht.“

Der Vorwurf, daß Parteien und Parlament keine Verantwortung tragen, enthält eine Beleidigung durch diesen sonst so geschmeidigen Reichskanzler Bülow, wie sie sich der starke Bismarck dem Reichstage gegenüber nie gestattet hatte. Die Regierung mag sich auf ihre Verantwortung berufen, aber die Parteien verbitten es sich, als verantwortungslos Handelnde hingestellt zu werden. Ich möchte dem Herrn Reichskanzler wünschen, daß er einmal einer unserer Fraktionssitzungen anwohnen würde; er könnte dann erkennen, wie sehr unsere Partei sich ihrer Verantwortung bewußt ist.

Die Phrase von dem Eingriff in die Kommandogewalt etabliert den blinden Gehorsam auch des Parlaments gegenüber militärischen Forderungen der Regierung. Das heißt dem parlamentarischen Budgetrecht jede Bedeutung nehmen; das ist der Absolutismus.

Es ist unglaublich, von wie kurzem Gedächtnis gewisse Deutsche sind. Kaum sind einige Wochen darüber verfllossen, daß in der nächsten Nähe des erleuchteten Berlins eine militärische Szene sich abspielte, die uns die bedenkliche Seite des militärisch ja notwendigen unbedingten Gehorsams vor Augen führte, die gewisse militärische Einrichtungen dem Spotte des Auslands preisgab. Und die Rolle des Gefreiten von Köpenick mutet man jetzt dem Reichstag zu!

Von einem Ihnen sehr wohl bekannten Oberbürgermeister haben Sie, meine Herren, in Bürgerversammlungen schon den Ausspruch gehört: „Die Amtmänner können nie genug Schutzleute, die Generale nie genug Soldaten haben“. Der Stadtrat prüft die Meinung der Amtmänner aber ganz genau, selbst wenn sie durch einige Mordtaten binnen kurzer Frist unterstützt wird, und wenn er der Meinung ist, daß zur Sicherung der Bevölkerung die von der Regierung angeforderte Zahl Schutzleute nicht erforderlich ist, dann wehrt er sich sehr lebhaft dagegen. Was dem Stadtrat billig ist, ist dem Reichstag gerecht. Dieser hat im gegebenen Falle aber auch alle Veranlassung, die Sache sich etwas genauer anzusehen und sich nicht einfach auf die militärische Autorität zu verlassen.

Schon die Unterstellung der Kriegsführung der Schutztruppe unter die Leitung des großen Generalstabes erregt in angesehenen militärischen Kreisen lebhaft Bedenken. Der alte, vielverspottete „Reichskriegsrat“ hat wenigstens das Terrain gekannt, nach welchem er vom grünen Tische aus seine militärischen Weisungen ergehen ließ. Der große Generalstab kennt das Kampfgebiet in Deutsch-Südwestafrika nicht. Die Leitung der Operationen muß sich dort so sehr einem eigentümlichen Gelände und einer plötzlichen Aenderung der gegnerischen Maßnahmen anbequemen, daß nur von einer Leitung an Ort und Stelle gute Erfolge zu erwarten sind. Ich möchte die Summe kennen, die für unnütze und verwirrende Telegramme zwischen Berlin und dem Kriegsschauplatz ausgegeben worden ist. Ich befürchte, daß sie nicht weit von einer Million entfernt sein wird. Vor Jahren hat man mit einigen hundert Mann bescheidene Erfolge erzielt gegen Tausende von Gegnern; jetzt sollen wir 800 gegen 300, heute höchstens noch 200, Gewehre im Felde stehen haben!

Man kann doch im Ernste nicht mehr behaupten, daß das noch ein Krieg ist; das ist das letzte Lebenszeichen einer Räuberbande. Es ist dem Reichstag nie eingefallen, in die Kriegsoperationen einzugreifen, bestimmen zu wollen, wie viel der Höchstkommmandierende da oder dort an der Mannschaften zu verwenden habe. Er hat auch, solange man von einem Kriege reden konnte, sich nicht eingemischt in die Frage der Truppenstärke. Aber nachdem man allseits zu der Ueberzeugung gekommen ist, der auch der nationallib(erale) (Abg)eordnete Semler Ausdruck gab, daß die Absendung einer so großen Truppenzahl von 14 000 Mann ein entschiedener Fehler gewesen ist, angesichts der kolossalen Schwierigkeit ihrer Verproviantierung, bei der Unmöglichkeit im gegnerischen Lande selbst sich einigen Proviant zu beschaffen, bei der Leichtigkeit, gegnerischerseits von unserem Proviant durch Stehlerien sich zu erhalten, da darf und muß der Reichstag jetzt nach Beendigung des Krieges seine budgetmäßigen Rechte wieder voll zur Anwendung bringen. Der Reichstag hat das verfassungs- und budgetmäßige Recht, wie die Ziffer des stehenden Heeres und der Marine, so auch jene der Schutztruppe zu bestimmen. Das geschah in allen früheren Etats, das muß auch wieder in jenem für 1907 geschehen. Die Verweigerung dieses Rechts wäre der schärfste Eingriff in unser wichtiges Volksrecht, wäre die Verneinung des parlamentarischen Budgetrechts. Und darum dreht sich jetzt der Kampf, meine Herren, der Kampf gegen den Absolutismus!

Vor dem Zusammentritt des Reichstages sind Parteiversammlungen abgehalten worden, welche bewegliche Klage führten über einen immer mehr um sich greifenden, selbtherrlichen Geist in der Reichsregierung und über die dadurch hervorgerufene Reichsverdrossenheit. Dieselben Klagen haben wir auch noch bei der

Finanzdebatte im Reichstag gehört; aber bei der ersten Gelegenheit, die mutigen Worte in Taten umzusetzen, die Rechte des Reichstages gegen die Regierung in Schutz zu nehmen, da sind die Helden umgefallen wie die Fliegen. Und das schönste ist, daß auch noch Linksliberale und Demokraten, die früher nicht Worte genug fanden zur Bestätigung ihres Männerstolzes vor Königsthronen, jetzt so zusammenklappen.

Die Auslagen für Deutsch-Südwestafrika.

Zur Gewissenspflicht wird aber geradezu eine genaue Prüfung unserer kolonialen Aufwendungen angesichts der enormen finanziellen Belastung unseres Etats durch die Schutzgebiete. Bis jetzt sind für Südwestafrika gegen 400 Millionen Mark aufgewendet worden; bis zum 1. April 1908 kommen dazu 200 Millionen, nämlich 30 Millionen für Etats für Etatsüberschreitungen der Jahre 1904/05, 30 Millionen für Nachtragsetats von 1906, 30 Millionen für die Eisenbahnbauten, 10 Millionen für Bahnangestellte und 80 Millionen für die Schutztruppe für das Jahr 1907. Die Schutztruppe kostet jetzt nach den Erklärungen der Regierung pro Kopf und Jahr 9776 Mark, nach Fertigstellung der Bahn 5848 Mark. Im Etat für 1907 stecken wieder 264 Millionen Anleihebedarf und 57 Millionen Matrikularbeiträge.

Wir haben in diesem Sommer erst die Finanzreform beraten und beschlossen, um aus der Schulden- und Pumpwirtschaft herauszukommen. Die Auffindung neuer Steuern ist keine dankbare Aufgabe; es ist über die neuen Steuern, namentlich die Verkehrssteuern, auch gerade von der Seite viel geschimpft worden, die sich jetzt unbesehen in eine neue Schuldenwirtschaft stoßen will. Man war sich bei der Finanzreform klar, daß man trotz derselben in Zukunft die äußerste Sparsamkeit walten lassen müsse, wenn man wieder in geordnete finanzielle Verhältnisse kommen

[Wechsel auf Seite vier des Originals]

und nicht noch weitere neue Steuern dem Volke auferlegen wolle. Die ganz notwendige Folge der jetzigen Haltung von Regierung und Reichstagsminderheit wären neue Steuern, etwas auf Bier und Tabak. Wollen unsere Gegner dafür die Verantwortung übernehmen? Wollen sie dem Volke diese Steuern zumuten?

Das „vaterlandslose“ Zentrum.

Meine Herren! Unter den jetzt erhobenen Vorwürfen stellt sich natürlich auch wieder ein alter Bekannter ein, der Vorwurf des Mangels an Patriotismus, der Vaterlandslosigkeit. Ich entrüste mich darüber nicht. Es haben sich gewisse Leute diesen groben Unfug angewöhnt, um bei unklaren Köpfen parteipolitische Geschäfte zu machen, wobei sie nur übersehen, daß nach der Meinung vieler Einsichtsvoller ihre Parteinteressen sich gar nicht mit dem Interesse des Vaterlandes decken. Dem Vernehmen nach haben sich auch schon einige ebenso impulsive wie törichte Herren von Militärvereinen in ähnlicher Weise an ihre Kameraden gewandt. Wenn dieses Beispiel trotz der eigentümlichen Haltung gewisser Militärvereine bei den Landtagswahlen des verflossenen Jahres Nachahmung finden sollte, so müßte mit den Herren einmal ein ganz ernstes Wort geredet und es müßte ihnen klar gemacht werden, daß sie das lobenswerte Bestreben der Militärvereine ins Gegeiteil verkehren und deren Existenz geradezu gefährden. Ich bin ein alter Soldat und meine Freunde werden mir bestätigen, daß ich von früher Jugend an in vaterländischen Fragen ein außerordentlich empfindsames Gefühl besitze. Aber von dieser Sache haben die Militärvereine in ihrem eigenen Interesse die Hand zu lassen.

Zu der Kolonialfrage kann man unbeschadet seines Patriotismus eine absolut verneinende Stellung einnehmen, wie dies die Sozialdemokratie tut. Sie ist keine Lebens- und Blütefrage des Reichs; gar mancher kann der Meinung sein, daß der Besitz von Kolonien große internationale Gefahren in sich birgt, die man besser vermeidet und daß die reichen Mittel viel wohltätiger für das Mutterland aufgewendet würden. Es ist bekannt, daß Fürst Bismarck in den siebziger Jahren von den Kolonien nichts wissen wollte und daß er nur nach und nach, eigentlich gegen seinen Willen, in koloniale Unternehmungen hineingedrängt wurde. Der linksliberale Dr. Barth, der jetzt auch zur Regierungspartei gehört, sagte, daß diese Sache von nationalistischen Maulhelden gewaltig aufgebauscht würde.“

Leutwein schreibt in der Vorrede zu seinem Buche: „Um ein schlechtes Geschäft zu machen, geht der Staat so wenig wie der einzelne in die Kolonien“ und Seite 548: „Wer würde überhaupt dem alten Vaterlande den Erwerb, wie die Festhaltung des Schutzgebietes zu empfehlen gewagt haben, hätte er diese Opfer voraussehen können. Jetzt, nachdem unsere nationale Ehre in Mitleidenschaft gezogen ist, kommt diese Frage dagegen für uns nicht mehr in Betracht.“

Dies ist auch der Standpunkt des Zentrums. Man mochte sich zum Erwerb der Kolonien stellen, wie man wollte,

jetzt ist unsere nationale Ehre engagiert, die uns die Festhaltung der Kolonien zur Pflicht macht. Das Zentrum war aber auch grundsätzlich kein Gegner kolonialer Erwerbungen; es hat die deutsche Kolonialpolitik unter dem Gesichtspunkte des Christentums, der Kultur und unserer wirtschaftlichen Entwicklung mitgemacht und gefördert.

Aber unter dem Interesse für die Kolonien dürfen die Interessen des Mutterlandes nicht leiden, das speziell von Deutsch-Südwestafrika die kolossalen Opfer nach übereinstimmender Meinung nie, in aller Zukunft nie, ersetzt erhält. Wir können die großen Opfer nicht rückgängig machen, aber wir müssen sie für die Zukunft auf ein richtiges Maß zurückführen.

Was im übrigen unsern Patriotismus anlangt, so genügen mir zwei unverdächtige Zeugnisse. Das im Parlamentsleben grau gewordene Mitglied der Reichspartei, Herr von Kardorff, ehemals einer der schärfsten Gegner des Zentrums, erklärte im Reichstag:

„Wenn ich mich mit . . . dem Abg. Dr. Sattler über etwas auseinandersetzen möchte, so ist es das, daß er wiederholt den Ausdruck „ultramontan“ gebracht hat. Ich glaube, wir sollten diesen Ausdruck nicht gebrauchen. Wir können nicht sagen, daß die Herren vom Zentrum gewissermaßen ultramontane Politik bei uns getrieben haben. Nein, m. H., sie haben deutsch-nationale Politik bei uns getrieben in der Herstellung unserer Wehrkraft, sie haben deutsch-nationale Politik getrieben in der Herstellung der deutschen Flotte, sie haben deutsche Nationalpolitik getrieben mit uns in der Frage der Kolonialpolitik, welche sie mit uns inauguriert haben, und sie haben endlich deutsch-nationale Politik getrieben bezüglich des Zolltarifs.“

Herr von Kardorff fand damals nicht nur keinen Widerspruch in seiner offenen, gerechten Anerkennung, sondern sogar die ausdrückliche Zustimmung, insbesondere auf Seiten des Reichskanzlers. Dieser erklärte am folgenden Tage wörtlich:

„Ich unterschreibe durchaus das, was gestern der Abg. von Kardorff gesagt hat über die dankenswerte Mitarbeit des Zentrums an großen nationalen Fragen.“

*

Meine Herren! Ich habe Sie durch zum Teil ermüdende, lehrhafte Ausführungen lange genug in Anspruch genommen und eile nun zum Schlusse.

Es ist die feststehende Überzeugung der weitesten Kreise, daß die Auflösung des Reichstags nicht gegen die Abstimmung in dieser Kolonialfrage, sondern gegen die ausschlaggebende Stellung des Zentrums gerichtet war. Diese war schon längst den übrigen Parteien ein schweres Kreuz, und sie möchten sich – natürlich nur aus patriotischen Gründen! - gar zu gerne an die Stelle des Zentrums setzen. Der Liberalismus hatte den Kampf schon lange in allen Tonarten aufgenommen. Aus welchen Erwägungen heraus es gelang, die Reichsregierung ohne jegliche Not an diesen Karren zu spannen, wird der Enthüllung der Zukunft vorbehalten bleiben.

Daß die Regierung die Abstimmung zum Kolonialetat nur als äußeren Anlaß nahm, ergibt sich neben anderm aus folgenden Gesichtspunkten: In der Budgetkommission bezeichnete der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg unsern Zentrumsantrag, wie ich mir sofort wörtlich notierte, nur als „schwer durchführbar, ja beinahe unannehmbar“. Wer diese Ausdrucksweise richtig zu taxieren versteht, muß darin die Erklärung der schließlichen Annehmbarkeit erblicken. Wenn man im Interesse der Kolonien zu einer Verständigung mit dem Reichstag hätte kommen wollen, so hätte man nicht schon die Abstimmung in der zweiten Lesung mit der Auflösung beantwortet, sondern hätte die dritte Lesung abwarten müssen. In der Zwischenzeit hätte man die Anregungen Spahns wegen Einrichtung einer Polizeitruppe in der Budgetkommission der näheren Erörterung unterziehen müssen. Das Gleiche hätte der Fall sein müssen wegen der Organisation einer Miliztruppe, nachdem der Gouverneur von Lindequist mitgeteilt hatte, daß 971 Leute von der Schutztruppe sich zum Aufenthalt in Südwestafrika als Farmer, Handwerker, Kaufleute ec. angemeldet hatten. In solche Erörterungen mit dem Reichstag einzutreten, kann nur der ablehnen, der die dem Reichstag im deutschen Verfassungsleben zukommende Stellung einfach ignoriert.

Die plötzliche Auflösung des Reichstags war aber namentlich nicht zu begreifen, weil dadurch die Lösung der Bahnfrage von Aus-Kubub nach Keetmanshoop auf unbestimmte Zeit vertagt war. Die Regierung hat in der Budgetkommission das größte Gewicht darauf gelegt, daß diese Angelegenheit noch vor den Weihnachtsferien, zum mindesten in der Budgetkommission, zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werde. Der Unternehmer der Bahn, Lenz, hatte erklärt, daß seine Verträge nur noch bis zum 1. Januar bindend seien, und daß er bis dort die Zustimmung jedenfalls der Budgetkommission zum Bahnbau haben müsse; dann werde er unter den eingegangenen Bedingungen alsbald mit dem Bahnbau beginnen und denselben binnen kurzer Frist vollenden. Die Regierung hatte mit ihm auch bezüglich der Baukosten eine feste Vereinbarung geschlossen, die eine Ueberschreitung unmöglich machte. Das gleiche war auch im Bezug auf den Betrieb der Bahn geschehen, für

welchen Lenz nur einen Jahreszuschuß von 550 000 Mark verlangte, wobei Mehrertragnisse zwischen dem Schutzgebiet und Lenz hälftig geteilt werden sollten.

Dem Wunsche der Regierung ist die Budgetkommission am Vormittag des 13. Dezember in vollem Umfange nachgekommen; es wäre sogar mit Leichtigkeit möglich gewesen, in den zwei folgenden Tagen auch noch im Plenum die Sache zu erledigen. Statt dessen hat die Regierung den Reichstag aufgelöst und damit alle Verantwortung für den späteren Bahnbau und die damit verbundenen schweren Unzuträglichkeiten für unsere Truppen auf sich genommen.

Meine Herren! Die Regierung hat einen gefährlichen Weg beschritten, sie täuscht sich schwer, wenn sie glaubt, mit dieser Wahlparole einen gefügigen Reichstag zu bekommen. Aber sie hat es so gewollt; das politisch freie und reife Volk wird den richtigen Weg finden.

[4. Seite, untere Hälfte]

Erwiderung des Herrn Abg. Rechtsanwaltes C. Fehrenbach

auf die Angriffe des Herrn Prof. Dr. Fabricius in der liberalen Wählerversammlung am 29. Dezember 1906.

Der Herr Professor Fabricius hat in der liberalen Samstags-Versammlung meine Freitagsrede „beleuchtet“. Die dummdreiste Phraseologie (...) [Wort unleserlich] zurzeit in der „Breisgauer Zeitung“ das lib(...) [Stelle unleserlich] (politische?) Bildungsbedürfnis versorgt, meint, „daß [Stelle unleserlich] Fehrenbach geschlagen, klein gemacht sei so [Stelle unleserlich] wie die Haltung seiner Partei in der ganzen Angelegenheit. Fabricius hat nach der Berichterstattung [Stelle unleserlich] Zeitung“ behauptet, „ich hätte völlig verschwiegen, daß der Aufstand während der Statthalterschaft des Herrn Obersten Leutwein ausgebrochen sei.“ Das ist nicht wahr. Ich habe vielmehr mit genauen Zahlen angegeben, daß und warum im Oktober 1903 die Bondelzwards sich empörten und daß ihnen im Januar 1904 die Hereros folgten. Ich habe weiter vorgetragen, daß im Verlaufe dieser Kämpfe Leutwein im militärischen Kommando enthoben und durch den Obersten Dürr ersetzt wurde und daß nach dessen nur vierwöchentlicher Anwesenheit Generalleutnant von Trotha das militärische Kommando übernahm. Ich habe sogar aus Leutweins Buch die Stelle Seite 437 wörtlich verlesen:

„Ja sogar noch im Monat Juni 1904, mitten im Hererokriege, habe ich die Truppe dem Generalleutnant von Trotha mit Bundesgenossen aus allen Hottentottenstämmen übergeben können.“

Herr Fabricius soll meiner Rede angewohnt haben. Ich will zu seinen Gunsten annehmen, daß er bei diesen Ausführungen nicht ordentlich aufgepaßt hat. Der Herr Professor soll dann auch meine Meinung, daß die Entsendung einer so großen Truppenzahl von 15000 Mann ein Fehler war, als unberechtigt zurückgewiesen haben. Ich will seine Meinung durch die Ausführungen eines Parteifreundes „beleuchten“, der in dieser Sache ein viel kompetenteres Urteil hat, nämlich das des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Semler, der in diesem Sommer Deutsch-Südwestafrika bereiste und dort auch im Verkehr des Militärs sich seine Ansicht bilden konnte. Dr. Semler führte in der 129. Reichstags-sitzung vom Donnerstag, den 29. November 1906 aus (Stenographisches Protokoll Seite 3987 erste Spalte):

„Meine Herren, wir aber müssen unsomehr Wert auf diese Zahlen legen, als wir nur an der Hand dieser großen Militärlasten dartun können, daß wir recht gehabt haben, wenn wir früher gesagt haben, daß das System der Expeditionen und der unvorbereiteten Kriegführung in den Kolonien verkehrt sei. Ich selbst habe bereits im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt auszuführen, daß nach meiner Ueberzeugung im Jahre 1904 ein gewissenhafter Kolonialdirektor notfalls gegen den Generalstab die Erklärung hätte abgeben müssen, daß mit 15000 Mann in Südwestafrika ein Krieg überhaupt nicht zu führen war, nicht zu führen mangels von Landungsstellen, mangels von Straßen, von Etappen, von Eisenbahnen, kurz von allen Hilfen moderner Kriegführung.“

Dabei ist bekanntlich Herr Dr. Semler ein Kolonialschwärmer. Daß die Schlachtenbilder, wie sie Herr Professor Fabricius so rührend dargestellt haben soll, nach der Oekonomie meiner Rede nicht nötig waren, dürfte einem Hochschullehrer nicht entgangen sein. Da ich aber für Wesentliches in der knappsten Form über zwei Stunden brauchte, durfte ich Unwesentliches nicht auch noch herbeiziehen. Der Herr Professor versteht es auch nicht, wie man für einen eiligen Bahnbau in Afrika Pläne und Kostenvoranschläge verlangen könne und führt später nach der „Breisgauer Zeitung“ aus:

„Diese Verzögerung des Bahnbaues hat uns viele Millionen und Abermillionen gekostet, sie hat uns auch noch mehr gekostet. Denken Sie an die Mannschaften, an die Verwundeten und Kranken, die nun, bis diese Bahn

einmal fertig wird – und es wird wohl zu spät sein – in den schotternden Oschenkarren jetzt wochenlang gequält werden auf den steinigen Wegen, bis sie an die Küste zur Heimfahrt transportiert sind. Das, meine Herren, diese Qualen der Mannschaften, die verantwortet die Zentrumsparthei. “

Ich stelle dieser leidenschaftlichen, ohne jede Detailkenntnis hinausgeworfenen und mit der objektiven Wahrheit im schlimmsten Widerspruche stehende Anklage einfach folgende Tatsache gegenüber, wobei ich bemerke, daß der Herr Professor durch meine Namhaftmachung der beiden Daten vom 15. Dezember und 31. Oktober 1906 in meiner Rede vor den größten Unklugheiten hätte gewarnt sein können. Im „Deutschen Kolonialblatt, Amtsblatt für die Schutzgebiete in Afrika und der Südsee, herausgegeben in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes“, Berlin, 1. Dezember 1906, Nummer 23 Seite 780 erste Spalte, ist folgendes zu lesen:

Aus Anlaß der Eröffnung der Bahnstrecke Lüderitzbucht-Aus erscheint der nachstehende Ueberblick über die Baugeschichte von Interesse:

1905:

15. Dez. Genehmigung der Bahn durch den Reichstag

27. Dez. Baubeginn

1906:

27. April Eröffnung der Ladestelle in Kilometer 16.

2. Juni Eröffnung der Ladestelle in Kilometer 24.

11. Juli Eröffnung der Haltestelle Rotkuppe in Kilometer 37.

23. Aug. Eröffnung der Haltestelle Tschaukaib in Kilometer 72.

13. Sept. Eröffnung der Haltestelle Garub in Kilometer 105.

10. Okt. Eröffnung des Betriebsbahnhofs Aus in Kilometer 138.

31. Okt. Eröffnung der Haltestelle Aus Kilometer 140.

Daraus geht für jeden Denkenden hervor, daß vor dem 1. November 1906 mit dem Bahnbau Aus-Keetmanshoop nicht hätte begonnen werden können. Daraus folgt, daß die Reichsregierung die im Mai noch nicht vorhandenen Pläne und Kostenanschläge noch bis zum 1. November hätte nachholen und die Genehmigung des Reichstages ev. in einer außerordentlichen Session hätte einholen können, wenn ihr an der Möglichkeit des Weiterbaus im November so viel lag. Sie glaubte aber damals offenbar, daß es genüge, wenn der Bau vom 1. Januar 1907 ab weitergeführt werden könnte. Daß dies das Zentrum zu ermöglichen suchte, habe ich am Schlusse meiner Rede ausführlich dargetan, wie sich jeder aus der vorstehenden Wiedergabe im Wortlaut überzeugen kann. Wenn jetzt der Weiterbau infolge der jähen Reichstagsauflösung unmöglich ist, so haben dies nur die Regierung und die ihr zustimmenden Parteien zu verantworten. Wenn doch aufgelöst werden sollte, so hätte dies auch noch 48 Stunden später, nach Genehmigung der Bahn, geschehen können; die Welt wäre nur um einen Theatercoup ärmer geworden.

Aber auch die Fortsetzung der Bahn kann natürlich nicht so plötzlich erfolgen, wie sich dies Herr Professor Fabricius vorzustellen scheint. Bis jetzt scheint der Dünen- und Wüstengürtel, etwa ein Drittel der ganzen Karawanenstraße, durchquert; es bleibt noch eine Strecke von annähernd 240 Kilometer bis Keetmanshoop zurückzulegen, und von dieser sind im 2. Nachtragsetat nur die Kosten für 140 Kilometer bis Feldschuhhorn vorgesehen, während die Kosten für die restlichen 100 Kilometer im Etat für 1907 angefordert werden sollen. *„Die Station Feldschuhhorn wird voraussichtlich binnen 12 Monaten nach der Verabschiedung dieses Nachtragsetats eröffnet werden können. Für die dann noch nötigen Arbeiten sind zwar noch weitere 8 Monate vorgesehen, möglicherweise werden sie aber unter günstigen Umständen noch im Rechnungsjahr 1907 beendet sein.“* (Aus der Denkschrift.)

Zur Berechtigung des Reichstages, Plan und Kostenvoranschlag zu verlangen, äußert sich die Denkschrift dahin:

„Die bisherigen Unterlagen für das letzte Stück der Bahn (Feldschuhhorn – Keetmanshoop) ermöglichen noch nicht, dieses Stück so zuverlässig zu veranschlagen, wie es zur Bemessung der hierfür zu beantragenden Mittel nötig ist.“

Und der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg führte in der 128. Reichstagsitzung vom 28. November 1906 aus:

„Die verbündeten Regierungen erkennen gerne an, daß durch die seinerzeitige Ablehnung, abgesehen von den jetzt erhöhten Kosten für das Oberbaumaterial, eine sehr wesentliche Einbuße für das Reich bisher nicht entstanden ist.“ (Stenographisch. Protokoll Seite 3900, Spalte 1.)

Was soll man nun angesichts dieser Tatsachen zu den klangvollen, aber inhaltslosen Deklamationen des liberalen Versammlungsredners sagen? Zu seinen Gunsten kann man nur annehmen, daß er ohne Kenntnis der maßgebenden Tatsachen auf gut Glück hin seine schweren Anschuldigungen erhoben hat, allerdings ein starkes Stück. Seine Musik soll aber wahrscheinlich das Leitmotiv für die künftigen liberalen Versammlungen abgeben. Und deshalb lag es mir daran, diesen Plan gründlich zu verderben. Wer nach diesen Feststellungen es noch wagt, für hinausgeworfene „Millionen und Abermillionen, für die Qualen der Mannschaften“ das Zentrum verantwortlich zu machen, der ist ein Schwindler und Volksbetrüger!

Nun drehe ich aber den Spieß um und frage: Wer hat es auf dem Gewissen, daß der Bahnbau am 1. Januar nicht fortgesetzt werden kann? Wer hat nun „die Millionen und Abermillionen, für die Qualen der Mannschaften“ zu verantworten? Die innere Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit verlangt vom Herrn Professor, daß er jetzt diese Verantwortung der Reichsregierung und den mit ihr gehenden Parteien, speziell der nationalliberalen, aufbürdet!

Herr Professor Fabricius hat dann auch seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß man Männer in die Budgetkommission schicke, die das Generalstabswerk über den Krieg in Deutsch-Südwestafrika nicht kennen, welches doch in jeder Buchhandlung für 1,20 Mark erhältlich sei! Der Herr Professor braucht sich um meine Bibliothek und meinen Geldbeutel nicht zu kümmern; die Reichstagsabgeordneten bekommen die Denkschrift des Großen Generalstabes gratis geliefert.

Vielleicht dämmert es nun dem Herrn Professor allmählig, daß er gar keinen Anlaß hat, mich in dieser Sache von oben herunter zu schulmeistern. Seinen guten Rat will ich aber mit einem gleichen vergelten: Es ist vielleicht irgendwo antiquarisch ein Büchelchen aus alten Zeiten aufzutreiben, betitelt: „Anleitung zum wahrhaftigen und unverfälschtem Verständnis und Beschrieb der Geschehnisse in der weiten Welt.“ Das sollte sich der Herr Professor verschaffen! Wenn es auch nicht auf dem neuesten Standpunkt der wissenschaftlichen Anschauungen steht, er könnte doch vieles daraus lernen!

Freiburg, 31. Dez. 1906.

Constantin Fehrenbach.

Rotationsdruck der J. Dilger'schen Buchdruckerei in Freiburg i. Br.

Dieses Dokument ist online verfügbar unter:

<http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Fehrenbach1906-12-28.pdf>

